

Erklärung von Raymond Barre vor dem Europäischen Parlament (4. Juli 1972)

Quelle: Bulletin der Europäischen Gemeinschaften. August 1972, n° 8. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. "Erklärung von Raymond Barre vor dem Europäischen Parlament (4. Juli 1972)", p. 9-14.

Urheberrecht: (c) Europäische Union, 1995-2013

URL: http://www.cvce.eu/obj/erklarung_von_raymond_barre_vor_dem_europaischen_parlament_4_juli_1972-de-b1454790-4bcc-484e-8a91-1768793e681e.html

Publication date: 19/12/2013

Erklärung von Raymond Barre vor dem Europäischen Parlament (4. Juli 1972)

Wieder einmal beherrschen die monetären Schwierigkeiten die Szene. Wieder einmal geht es um Vorausschau und Prognose. Die Vorausschätzungen und, wenn ich so sagen darf, die Hirngespinnste blühen. Wenn die Fakten schwierig und die Ideen konfus sind, muß man sich bemühen, die Debatte auf das Wesentliche zu beschränken. Um die derzeitige Lage beurteilen zu können, muß man meines Erachtens drei verschiedenartige Fragen unterscheiden: die Frage des Pfund Sterling, diejenige der innergemeinschaftlichen Wechselkurse und die Dollar-Frage.

Infolge eines massiven spekulativen Drucks auf das Pfund Sterling hat die britische Regierung am 23. Juni beschlossen, ihre Währung vorübergehend floaten zu lassen. Somit ist Großbritannien im Augenblick nicht mehr in der Lage, den Verpflichtungen nachzukommen, die es in den Vereinbarungen von Washington und den gemeinschaftlichen Währungsabmachungen eingegangen ist.

Ich werde mich nicht lange bei den Ursachen dieser Situation aufhalten. Die internen Schwierigkeiten der britischen Wirtschaft, die Diskussionen, die in Großbritannien selbst über eine etwaige Paritätsänderung des Pfundes geführt wurden und die Zweifel, die zahlreiche britische Kreise an der Fähigkeit ihres Landes äußerten, an den Währungsabmachungen der Gemeinschaft teilzunehmen, haben die Spekulation nur gefördert. Der spekulative Druck, der sich in wenigen Tagen bildete, ist auf die Rolle zurückzuführen, die London bei den internationalen Finanzgeschäften spielt.

Die derzeitige Krise des Pfundes kommt also nicht völlig überraschend. Das Feuer schwelte unter der Asche. Diese Krise zeigt, daß man die wirtschaftlichen, monetären und finanziellen Probleme Großbritanniens nicht ignorieren oder umgehen kann und daß von ihrer Lösung das gute Funktionieren und die Entwicklung der erweiterten Gemeinschaft abhängen wird.

Die Gemeinschaft hat die Beschlüsse mit Verständnis aufgenommen, zu denen sich Großbritannien gezwungen sah. Wichtig ist nun, daß das Vereinigte Königreich der Gemeinschaft Anfang 1973 mit einer seinen Partnern gegenüber normalisierten Währungslage beitreten kann. Es muß also bei den übrigen Mitgliedsländern die Hilfe finden, die es ihm ermöglichen wird, seine Schwierigkeiten nach und nach zu meistern.

Die Frage, die sich unmittelbar nach diesen Beschlüssen Großbritanniens stellte, war die, wie sich seine Partner verhalten würden. Irland, das hinsichtlich der Währung eng mit dem Vereinigten Königreich verbunden ist, konnte nicht anders, als sich der britischen Situation anzupassen. Dänemark, das Schwierigkeiten mit seiner Zahlungsbilanz hat, zog sich zeitweilig vom Baseler Abkommen zurück, richtete sich jedoch weiterhin nach den Vereinbarungen von Washington. Norwegen behielt seine sämtlichen Verpflichtungen bei.

Was würden die sechs Gründerstaaten der Gemeinschaft tun? Wie Sie wissen, haben sie in Luxemburg beschlossen, die Washingtoner Vereinbarungen über die Wechselsätze zu respektieren und die im März d. J. innerhalb der Gemeinschaft getroffenen Währungsabmachungen aufrechtzuerhalten.

Ein besonderes Problem ergab sich für Italien. Das Floating des Pfundes setzte die italienische Lira einer Baisse-Spekulation und umfangreichen Kapitalentzügen aus. Die Lage in Italien, die sich von derjenigen in England stark unterschied, berechtigte nicht zu einem Floating der Lira. Natürlich kennt die italienische Wirtschaft Schwierigkeiten und Unsicherheiten. Aber die italienische Zahlungsbilanz ist aktiv, das Land hat ausreichende Reserven und seine Exportpreise haben sich bisher günstiger entwickelt als die seiner Partner.

Die italienischen Behörden, die entschlossen waren, alles Erforderliche zu tun, um die Kapitalflucht zu verhindern, baten — zur Verteidigung der Lira — um eine zeitweilige Ausklammerung aus dem Interventionssystem auf dem Wechselmarkt, d. h. um die Ermächtigung für die italienische Notenbank, während einer begrenzten Zeit in Dollar und nicht in Gemeinschaftswährungen intervenieren zu können, um die Lira auf der Linie der sogenannten „Gemeinschaftsschlange“ zu halten, d. h. um die Bandbreite von 2,25 % zu respektieren.

Diese Ausnahme wurde gewährt, da sie innerhalb und nicht außerhalb des Rahmens der Gemeinschaftsabmachungen liegt. Die Banca d'Italia wird in minutiöser Abstimmung mit den übrigen Zentralbanken der Gemeinschaft darauf achten, daß ein übermäßiger Dollarzustrom in die Kassen seiner Partner vermieden wird.

Alle diejenigen, die am Vorabend der Tagung von Luxemburg voraussagten, die Gemeinschaftsabmachungen, bzw. die „Gemeinschaftsschlange“, würden nicht überleben, haben unverzüglich auf die Hinfälligkeit der Ratsbeschlüsse verwiesen, als ob sie nur in den Mißerfolgen und Katastrophen Genugtuung fänden. Was wäre nicht alles geschrieben und gesagt worden, wenn die Gemeinschaftsabmachungen vor einer Woche aufgehoben worden wären!

Wenn man die geringfügigen Nachteile, die sich aus der zeitweiligen Ausklammerung Italiens ergeben, mit den wirtschaftlichen Nachteilen vergleicht, die ein Verzicht auf die Bandbreite von 2,25 % mit sich gebracht hätte, kann man sich über die akzeptierte Lösung nur freuen.

Die Italien gewährte Ausnahme ist nichts anderes als die Folge einer Situation, in der das Gold der Zentralbanken eingefroren ist und seine Rolle als internationales Zahlungsmittel nicht erfüllen kann.

Heißt das, daß sich in Zukunft keine weiteren Schwierigkeiten mehr ergeben werden? Ich bin der letzte, der das behaupten wollte, aber es hat ja wohl niemand jemals geglaubt, die währungspolitische Organisation der Gemeinschaft, würde sich von alleine ergeben. Die in den Baseler Abkommen vorgesehenen Mechanismen wurden reiflich überlegt. Sie können zwischen den Sechs funktionieren, aber nur dann, wenn die Mitgliedstaaten gewillt sind, sie durch eine enge Solidarität zu verteidigen.

Meine Damen und Herren! Man kann nicht oft genug wiederholen, daß die Spekulation nur deshalb — selbst wenn es gar keinen Grund dafür gibt — die Oberhand gewinnt, weil sie voraussetzt, daß die Gegenfront zusammenbrechen wird. Die Spekulation ist keineswegs irrational. Warum sollte sie sich einen Gewinn entgehen lassen, wenn sie alle Chancen hat, ihn zu erzielen? Warum sollte sie an die Festigkeit eines Abkommens glauben, wenn sie weiß, daß es bei der ersten Erschütterung in Frage gestellt wird und wenn sie feststellt, daß die Unterzeichner des Abkommens selbst nicht an seine Dauer glauben?

In Luxemburg haben die sechs Mitgliedstaaten bewiesen, daß sie das, was sie drei Monate, zuvor beschlossen hatten, nicht rückgängig machen wollten. Die Zukunft wird von dieser ihrer Entschlossenheit abhängen.

Was ich soeben über die innergemeinschaftlichen Abmachungen gesagt habe, gilt auch für die Washingtoner Vereinbarungen, d. h. für die Dollar-Frage. Vor sechs Monaten, im Dezember 1971, haben die Westmächte eine neue Wechselkursstruktur aufgestellt. Damals verkannte niemand, daß die Verteidigung dieser Wechselkurse nicht, einfach sein würde und daß man nötigenfalls den Dollar stützen müßte. Die Zahlungsbilanz der Vereinigten Staaten kann sich nämlich nicht von einem Tag zum anderen erholen, und außerdem war es noch nicht möglich, die spekulativen Kapitalbewegungen in zufrieden stellender Weise zu unterbinden.

Die Washingtoner Vereinbarungen wurden jedoch getroffen, weil sie einer unhaltbar gewordenen Situation ein Ende setzten. Sie können mir das ruhig glauben, denn ich habe diese Situation miterlebt. Die Länder, die ihre Währungen freigegeben hatten, sorgten sich mehr und mehr über die Bewertung ihres Wechselkurses im Vergleich zum Dollar. Diejenigen, die Kontrollen eingeführt hatten, sahen sich ständig gezwungen, diese zu verschärfen. Alle waren sich darüber klar geworden, wie wichtig es war, eine stabile Struktur realistischer Wechselkurse, die in ordnungsgemäßer Form angeglich werden konnten, herzustellen und zu bewahren.

Will man jetzt auf die noch schwache monetäre Ordnung verzichten, um deren Herstellung man sich bemüht hat? Ist es denn so unmöglich, die im vergangenen Dezember festgelegten Wechselkurse zu verteidigen, indem man die gegenüber dem Dollar erweiterte Bandbreite in vollem Umfange ausnützt, die Zinssätze ausspielt und die verschiedenen Instrumente einsetzt, die es ermöglichen, den Zustrom von spekulativem

Kapital zu bremsen und auf die interne Liquidität der Volkswirtschaften einzuwirken ? Das ist keine Sache des Dogmas und der Ideologie, es ist eine Sache des gesunden Menschenverstands und der Durchschlagskraft.

Manche fragen sich, ob dieses Instrument genügen würde, um einer neuen Krise, die die Gemeinschaft mit Dollars überschwemmt, zu begegnen. Hier und da taucht wieder der Gedanke an ein gemeinsames Floating der Währungen der Gemeinschaft auf, das man als ein Mittel sehen will, um sowohl die Anhäufung von Dollars zu beenden als auch die währungspolitische Einigung Europas zu beschleunigen.

Meine Damen und Herren ! Um eine solche Lösung richtig beurteilen zu können, muß man ihre Bedeutung und die Anwendungsbedingungen genau darlegen, denn nichts ist gefährlicher, als leichthin über technische Formeln zu reden, deren wirtschaftliche Folgen für ein jedes unserer Länder und für die gesamte Gemeinschaft recht bedeutend sein können.

Floaten, d. h. aufhören, Dollars zu kaufen, bedeutet im derzeitigen Stadium des internationalen Währungssystems, daß man eine erneute Aufwertung der Gemeinschaftswährungen und natürlich aller Währungen im Vergleich zum Dollar akzeptiert.

Es erhebt sich also zunächst folgende Frage: Sind die Länder der Gemeinschaft bereit, eine Aufwertung hinzunehmen, die zu derjenigen hinzukäme, die sie bereits im vergangenen Dezember vorgenommen haben? Die Antwort auf diese Frage hängt wohl vom Ausmaß dieser erneuten Aufwertung ab. Wird sie geringfügig oder recht spürbar sein? Eine geringfügige Aufwertung würde man zulassen, eine spürbare dagegen nicht. Niemand kann hier etwas Genaueres sagen.

In jedem Fall haben die jüngsten Erfahrungen gezeigt, daß man bei einem Floating zwar weiß, von wo man ausgeht, aber nicht, wohin man kommt. Ich erinnere mich, daß man mir, als ich dies im Mai 1971 sagte, erklärte, die floatende D-Mark werde nicht mehr als 5 % steigen. Man weiß ja, wie es sechs Monate später aussah!

Da die Befürworter eines Floating ein gemeinsames Floating der Gemeinschaftswährungen wünschen, erhebt sich unverzüglich eine zweite Frage: Können die Sechs oder die Zehn, die durch stabile und realistische Wechselkurse miteinander verbunden sind, alle eine einheitliche Aufwertung ihrer Währungen gegenüber dem Dollar akzeptieren?

Nehmen wir einmal an, es wäre so, dann stellt sich eine dritte Frage: Da gewisse Länder der Gemeinschaft aus einleuchtenden wirtschaftlichen und sozialen Gründen nicht das Risiko eingehen können, ihre Währung nicht nur gegenüber dem Dollar, sondern auch gegenüber allen Ländern, die den Dollar verwenden, aufzuwerten, d. h. gegenüber der Dollarzone — und die ist groß — allzu stark, müßte die Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit bereit sein, ein gemeinsames und kontrolliertes Floating zu praktizieren. Ist sie das?

Das kontrollierte Floating müßte also abgestimmte Interventionen unserer Zentralbanken gegenüber dem Dollar mit sich bringen. Das setzt die Bildung einer umfangreichen Manövriermasse, mit der die Spekulation gestoppt werden kann, und außerdem ein wirksames gemeinschaftliches Instrument zur Abwehr von spekulativem Kapital voraus.

Vierte und letzte Frage: Wäre die Gemeinschaft bereit, im Falle einer starken Abwertung des Dollar, von der manchmal gemunkelt wird, ihre Wettbewerbsfähigkeit durch Einführung von Wechselkurs-Ausgleichsabgaben zu wahren? Das ist der recht logische Vorschlag gewisser Befürworter des Floating. Ich ersuche Sie jedoch, die Bedeutung und die Folgen einer solchen Maßnahme zu ermessen.

Das sind also die vier grundlegenden Fragen, auf die man eine Antwort geben muß, bevor man sich zur Möglichkeit und Wirksamkeit einer Formel von gemeinsamem Floating äußern kann.

Ich selbst will nicht von vornherein ausschließen, daß man, wenn kein anderer Ausweg mehr bleibt, ein gemeinsames Floating der Gemeinschaftswährungen zu Hilfe nehmen muß. Technisch gesehen habe ich

gegen diese Formel nichts einzuwenden, aber ich bin weit davon entfernt, sie als Allheilmittel zu betrachten. Auf jeden Fall möchte ich unbedingt darauf aufmerksam machen, daß eine solche Formel nur dann Aussicht auf Erfolg hat, wenn es sich um ein kontrolliertes Floating handelt und wenn die nötigen Aktionsmittel vorhanden sind. Andernfalls könnte es kurzfristig zu einem Durcheinander kommen, dessen wirtschaftliche, politische und psychologische Folgen recht nachteilig wären. Die währungspolitische Einigung Europas würde dadurch bestimmt nicht beschleunigt. Im Gegenteil. Alle bisherigen Anstrengungen auf diesem Gebiet könnten zunichte gemacht werden.

Das sind die drei Probleme, die ich Ihnen rasch darlegen wollte: die Frage des Pfundes, die Frage der innergemeinschaftlichen Relationen und die Frage der Washingtoner Vereinbarungen, d. h. die Dollar-Frage.

In den kommenden Wochen und Monaten wird man auf monetärem Gebiet ein gefährliches Leben führen müssen. Das heißt, man wird äußerste Kaltblütigkeit beweisen müssen.

Wie ich dem Parlament in den letzten Jahren immer wieder gesagt habe, darf man sich in wirtschaftlichen und währungspolitischen Fragen vor allem keinen Illusionen hingeben, die Probleme nicht verschleiern und keine Flucht nach vorne beginnen, die doch nur rein verbal wäre.

Meine Schlußfolgerung ist recht klar. Es liegt im Interesse der Gemeinschaft, die im Dezember in Washington aufgestellte Struktur der Wechselkurse zu schützen und darüber zu wachen, daß wir nicht in ein Währungs- und Handelschaos zurückfallen, das die Wirtschaft unserer Länder gefährden würde.

Noch mehr aber liegt es im Interesse der Gemeinschaft, die gemeinschaftlichen Währungsabmachungen beizubehalten und zu verstärken, da diese Vereinbarungen das gute Funktionieren des Gemeinsamen Marktes ermöglichen. Sie erlauben es, den internationalen währungspolitischen Schwierigkeiten in geordneter Weise zu begegnen, und sie wahren alle Chancen der Gemeinschaft im Hinblick auf die Wirtschafts- und Währungsunion. Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das ist zweifellos der sicherste Weg, den Zusammenhalt der Gemeinschaft heute und künftig zu gewährleisten."